rüsselsheim am main

DS-Nr. 276/16-21

Haushaltssatzung 2018

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 inkl. Fortschreibung sowie die Anträge der Fraktionen zur DS-Nr. 276/16-21 werden beraten.

Dem Vorschlag des Vorsitzenden entsprechend werden nur die Anträge zur Beratung und Abstimmung aufgerufen, für die auf Grund der vorliegenden Liste der Abstimmungsergebnisse noch keine Voten bestehen bzw. die grundsätzlich zur Behandlung im Haupt- und Finanzausschuss vorgesehen sind. Der Vorsitzende stellt den Ausschussmitgliedern jedoch frei, Anträge, die bereits in den vorherigen Fachausschüssen beraten und für die eine Beschlussempfehlung abgegeben wurde, nochmals zur Beratung aufzurufen.

Neben den Anträgen gemäß Auflistung liegen folgende Anträge zur Behandlung vor:

- WsR, Antrag Nr. 2 (neu) vom 13.03.2018. Deckelung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- WsR, Antrag Nr. 3 (neu) vom 13.03.2018: Deckelung der Personalkosten
- WsR, Antrag Nr. 44 (neu) vom 13.03.2018: Investitionsnr. 060446431A (Kita Lucas-Cranach-Str./Ecke Waldweg – Planungskosten)
- WsR, Antrag Nr. 51 (neu) vom 13.03.2018: Produkt 010160050 (Gebäudewirtschaft)
- FDP, CDU, FWR/FNR, WsR, Antrag Nr. 55a: Brandschutz, Reduzierung Stellenplan
- SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität vom 18.03.2018: Produkt 090161000 (Stadtplanung), Sachkonto 6776600 (Prozessbegleitung Opel-Forum und Innenstadt), Reduzierung des Ansatzes um 50.000,- EUR
- SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität vom 128.03.2018: Produkt 090161000 (Stadtplanung), Sachkonto 6776000 (Vorplanungen, begleitende Planungen), Reduzierung des Ansatzes um 40.000,- EUR

Die nachgereichten Anträge werden vereinbarungsgemäß jeweils an passender Stelle zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen.

Abstimmung des Haupt- und Finanzausschusses über die Haushaltsanträge 2018 gemäß Auflistung vom 13.03.2018:

Antrag Nr. 1 Pos. 13: Sach- und Dienstleistungen

Antrag der CDU-Fraktion:

1. Der Haushaltsansatz Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 36.008.766,- EUR wird auf das Ergebnis des Haushaltsjahres 2016 in Höhe von 29.881.418,- EUR reduziert.
2. Ausgehend von den 29.881.418,- EUR werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ab dem Haushaltsjahr 2019 um weitere 15 % reduziert. Dies erfolgt in drei Schritten in den Haushaltsjahren 2019, 2020 und 2021 zu je

1.494.070,90 EUR.
3. Die Grundsteuer B wird auf 700 v. H. in der Haushaltssatzung festgelegt.
Beschluss:
Bei 5 Ja-Stimmen mit 10 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt.**

Antrag Nr. 2 Pos. 13. Sach- und Dienstleistungen
Antrag der Fraktion WsR:
Nach Einbringung der Fortschreibungen und dem Beschluss der Änderungsanträge zum Haushaltsplan wird die Gesamtsumme der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um weitere 10 % gekürzt.
Beschluss:
Der Antrag wird durch den vorliegenden neuen Antrag Nr. 2 (neu) **ersetzt**.

Antrag Nr. 2 (neu) Pos. 13. Sach- und Dienstleistungen
Antrag der Fraktion WsR:
Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden für das Haushaltsjahr auf maximal 33 Millionen Euro gedeckelt.
Beschluss:
Bei 7 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 3 Pos. 11/12: Personal- und Versorgungsaufwendungen
Antrag der Fraktion WsR:
Zur Deckelung der Personalaufwendungen im Sinne der Haushaltskonsolidierung wird die pauschale Einsparvorgabe von 9,401 % auf 15 % erhöht.
Beschluss:
Der Antrag wird durch den vorliegenden neuen Antrag Nr. 3 (neu) **ersetzt**.

Antrag Nr. 3 (neu) Pos. 11/12. Personal- und Versorgungsaufwendungen
Antrag der Fraktion WsR:
Zur Deckelung der Personalaufwendungen im Sinne der Haushaltskonsolidierung wird die pauschale Einsparvorgabe von 9,401 % auf 12,7 % erhöht.
Beschluss:
Einstimmig wie folgt **zugestimmt**: Unter Berücksichtigung der Veränderungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen im Rahmen der Fortschreibung wird eine pauschale Reduzierung um 12,7 % vorgenommen.

Antrag Nr. 4 Pos. 11/12: Personal- und Versorgungsaufwendungen
Antrag der CDU-Fraktion:
Der Haushaltsansatz Personalaufwendungen im Ergebnishaushalt wird von 51.192.700,- EUR auf 48.192.700,- EUR reduziert.
Beschluss:
Der Antrag wird **zurückgezogen**.

Antrag Nr. 5 Sachkonto 6869000: Aufwendungen für Repräsentation
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird von 33.850,- EUR auf 10.000,- EUR reduziert.
Beschluss:
Bei 7 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und einer Enthaltung **abgelehnt**.

Antrag Nr. 6 Sachkonto 6810000: Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird von 88.210,- EUR auf 50.000,- EUR reduziert.
Beschluss:
Bei 8 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung **zugestimmt**.

Antrag Nr. 7 Teilergebnishaushalt 010100030 (Magistrat)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird von 986.465,- EUR auf 900.000,- EUR reduziert.
Beschluss:
Bei 9 Ja-Stimmen und 6 Gegenstimmen **zugestimmt**.

Antrag Nr. 8 Teilergebnishaushalt 010100030 (Magistrat)
Sachkonto 6774000 (Beratungskosten, gutachten)
Antrag der Fraktionen SPD: Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/ Liste Solidarität:
Der Ansatz wird von 50.000,- EUR auf 20.000,- EUR reduziert.
Beschluss:
Einstimmig **zugestimmt**.

Antrag Nr. 9 Teilergebnishaushalt 010102400 (Presse- und Medienarbeit)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird von 402.920,- EUR auf 300.000,- EUR reduziert.
Beschluss:
Bei 7 Ja-Stimmen mit 8 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 10 Teilergebnishaushalt 010102450 (Stadtmarketing)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird auf 450.000,- EUR reduziert.
In Abänderung des Antrags soll der Ansatz auf 500.000,- EUR reduziert werden.
Beschluss:
Bei 7 Ja-Stimmen mit 8 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 11 Teilergebnishaushalt 010102520 (Querschnittsaufgabe Chancengleichheit)
Sachkonto 6994132 (Aktionsplan Europäische Charta für Gleichstellung)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird gestrichen.
Beschluss:
Bei 7 Ja-Stimmen mit 8 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 12 Sachkonto 6139010 (Werttransporte)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird gestrichen.
Beschluss:
Der Antrag wird **zurückgezogen**.

Antrag Nr. 16 Teilergebnishaushalt 040030000 (Kultur-Steuerung)
Antrag der Fraktion WsR:
Die Kultursteuerung entfällt. Kulturpreis, Förderpreis und

Verdienstplakette fallen in Zukunft in den Aufgabenbereich von Kultur123.
Beschluss:
Der Antrag wird **zurückgezogen**.

Antrag Nr. 18 Zuschuss zum Eigenbetrieb Kultur123
Antrag der Fraktion WsR:
Der Zuschuss zum Eigenbetrieb wird ab dem Jahr 2019 auf 6.300.000,- EUR gedeckelt.
Beschluss:
Der Antrag wird **zurückgezogen** und soll dem Diskussionsverlauf entsprechend zu einem späteren Zeitpunkt als Prüfantrag umformuliert werden.

Antrag Nr. 25 Teilergebnishaushalt 120163000 (Gemeindestraßen)
Sachkonto 6774700 (Beratungskosten, Straßenbeitragssatzung)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird gestrichen.
Beschluss:
Bei 5 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 2 Stimm-Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 28 Sachkonto 6165572 (Entschlammung Horlachgraben, Becken 9 und 10)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz entfällt.
Beschluss:
Einstimmig **zugestimmt**.
Protokollnotiz:
Der Stadtv. Ohlert erwartet, dass die Maßnahme in den Haushaltsplanentwurf 2019 erneut aufgenommen wird.

Antrag Nr. 29 Teilergebnishaushalt 130412000 (Natur- und Umweltschutz)
Sachkonto 6775000 (Beratungs- und Verfahrenskosten, Flughafenerweiterung)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird von 100.000,- EUR auf 50.000,- EUR reduziert.

Antrag Nr. 83 Teilergebnishaushalt 130412000 (Natur- und Umweltschutz)
Sachkonto 6775000 (Beratungs- und Verfahrenskosten, Flughafenerweiterung)
Antrag der FDP-Fraktion:
Für Beratungs- und Verfahrenskosten zur Flughafenerweiterung (Sachkonto 6775000) wird die Summe von 50.000,- EUR eingestellt. Die Summe wird mit einer Haushaltssperre belegt.

Frau Stadträtin Flörsheimer legt dar, welche Kostenpositionen über den Haushaltsansatz finanziert werden und schlägt eine Reduzierung auf lediglich 70.000,- EUR vor.

Diesen Vorschlag aufgreifend werden im Diskussionsverlauf folgende Sperren beantragt:
- Stadtv. Steinborn (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):
  Sperre in Höhe von 20.000,- EUR
- Stadtv. Sert (FDP-Fraktion):

Sperre in Höhe von 35.000,- EUR
- Stadtv. Ohlert (CDU-Fraktion:
Sperre in Höhe von 50.000,- EUR

Der Stadtv. Walczuch zieht dementsprechend den Antrag der Fraktion WsR zurück und schließt sich dem Vorschlag einer Sperre über 35.000,- EUR an.

Beschluss:
Bei 4 Gegenstimmen und 11 Ja-Stimmen wird mehrheitlich beschlossen, den Haushaltsansatz auf 70.000,- EUR zu reduzieren und in Höhe von 35.000,- EUR zu sperren.

Antrag Nr. 30 Teilergebnishaushalt 130578000 (Zuchttierhaltung)
Sachkonto 6179200 (Kosten der künstlichen Rinderbesamung)
Antrag der Fraktion WsR:
Das Produkt entfällt.
Beschluss:
Bei einer Gegenstimme mit 14 Ja-Stimmen mehrheitlich **zugestimmt**.

Antrag Nr. 31 Teilergebnishaushalt 150173000 (Marktwesen)
Sachkonto 5110700 (Marktgebühren (Wochenmärkte))
Antrag der Fraktion WsR:
Die Marktgebühren für die Wochenmärkte werden abgeschafft.
Beschluss:
Bei 3 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 2 Stimm-Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 32 Teilergebnishaushalt 150179100 (Wirtschaftsförderung)
Sachkonto 6994064 (Stadt der Zukunft)
Antrag der Fraktionen WsR, Die Linke/Liste Solidarität:
Der Ansatz wird gestrichen.
Beschluss:
Einstimmig **zugestimmt**.

Antrag Nr. 33 Teilergebnishaushalt 150179100 (Wirtschaftsförderung)
Sachkonto 6994064 (Stadt der Zukunft)
Antrag der Fraktion WsR:
Der Ansatz wird gestrichen.
Beschluss:
Der Antrag **entfällt**.

Antrag Nr. 34 Teilergebnishaushalt 150179100 (Wirtschaftsförderung)
Sachkonten 5483300 (Kostenerstattung vom Zweckverband Fernost), 7354990 (Umlage Zweckverband „Städtenetzwerk Fernost“)
Antrag der Fraktion WsR:
Die Stadt Rüsselsheim tritt zum schnellstmöglichen Zeitpunkt aus dem Zweckverband Fernost aus.
Beschluss:
Dem Diskussionsverlauf entsprechend wird der Antrag bei 4 Gegenstimmenmit 11 Ja-Stimmen als Prüfantrag mit dem Ziel verwiesen, eine Vorlage zu erarbeiten, die neben den bereits erreichten Erfolgen des Zweckverbands, Optimierungspotentiale

hinsichtlich weiterer Aktivitäten, Chancen einer möglichen regionalen Neuorientierung oder Änderung der Organisationsform auch die Konsequenzen eines Ausstiegs der Stadt Rüsselsheim darlegt.

Antrag Nr. 35 Teilergebnishaushalt 110183000 (Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsbetriebe)
Einstellung Glasfaserengagement der Stadtwerke
Antrag der Fraktion WsR:
Das Glasfaserengagement der Stadtwerke wird eingestellt und bestmöglich verwertet.

Der Oberbürgermeister regt einen diesbezüglichen Prüfantrag an. Dieser Vorschlag wird durch den Stadtv. Walczuch übernommen.
Beschluss:
Bei einer Ja-Stimme, einer Stimm-Enthaltung mit 13 Gegenstimmen **abgelehnt**.

Unabhängig von diesem Votum soll auf Anregung des Stadtv. Weber der Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH zur Thematik eingeladen werden.

Antrag Nr. 38 Investitionsnr. 03021151AF
Gerhart-Hauptmann-Schule, Abarbeitung Sanierungsstau
Antrag der Fraktion WsR:
Der Haushaltsansatz wird von 7.280.000,- EUR auf 30.000.000,- EUR erhöht.
Beschluss:
Bei 11 ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen mehrheitlich **zugestimmt**.
Protokollnotiz:
Nach Einschätzung der Fachverwaltung verteilen sich die Gesamtkosten voraussichtlich wie folgt:

2018	300.000 EUR
2019	1.300.000 EUR
2020	2.000.000 EUR
2021	3.000.000 EUR
2022	10.000.000 EUR
2023	12.000.000 EUR
2024	1.400.000 EUR

Antrag Nr. 44 (neu) Investitionsnr. 060446431A
Kita Lucas-Cranach-Str./Ecke Waldweg, Planungskosten
Antrag der Fraktion WsR:
1. Das Projekt wird in „Kita Nord-West“ umbenannt.
2. Für 2018 werden im Haushalt Planungskosten in Höhe von 300.000,- EUR veranschlagt.
3. Für 2019 werden im Haushalt Baukosten in Höhe von 3.000.000,- EUR veranschlagt.

Beschluss:
Unter Abänderung der Projektbezeichnung auf „Kita Nord-Ost“ einstimmig **zugestimmt**.

Antrag Nr. 47 Stellenplan

Veränderungen im Stellenplan
Antrag der Fraktionen SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität:
Änderungen im Stellenplan bedürfen zukünftig einer Vorhergehenden Drucksache in der dargestellt wird, welche Änderungen vorgenommen werden sollen, welche Stellen es in diesem Bereich gibt und worin sich eine Veränderung begründet. Dies gilt für die Ausweitung wie auch für den Stellenabbau.
Beschluss:
Einstimmig **zugestimmt**.

Antrag Nr. 48 Stellenplan
Stellenbesetzungssperre
Antrag der CDU-Fraktion:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Stellenbesetzungssperre. Ausgenommen davon sind Stellen für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten.
Beschluss:
Bei 4 Ja-Stimmen und 9 Gegenstimmen **abgelehnt**.

Antrag Nr. 49 Stellenplan
Personalaufwendungen, Innere Verwaltung
Antrag der Fraktionen Die Linke/Liste Solidarität:
Im Haushalt 2018 wird im Produktbereich 01 (Innere Verwaltung) Die ehemals vom Hessentagsbeauftragten besetzte Stelle Gestrichen. Des Weiteren entfällt im Produkt 010102050 (Verwaltungssteuerung und –organisation) die Aufstockung um eine Stelle (von 13 auf 14) sowie im Produkt 01010245 (Stadtmarketing) die Aufstockung um eine halbe Stelle (von 4 auf 4,5). Die Ansätze für die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden entsprechend angepasst.
Beschluss:
Der Antrag wird beraten.

Nach Mitteilung der Verwaltung sind die Personal- und Versorgungsaufwendungen für die für die halbe Stelle im Produkt 01010245 (Stadtmarketing) bereits im Rahmen der Fortschreibung dem Rechnungsprüfungsamt zugeordnet worden. Die entsprechende Stelle (0,5 TVöD 8) soll daher ebenfalls noch dem Rechnungsprüfungsamt zugewiesen werden.
Der Stadtv. Krug erklärt daraufhin, dass sich der Antrag hinsichtlich der Streichung der Stelle im Stadtmarketing damit **erledigt** habe.

Im Übrigen wird über die weiteren beantragten Stellenstreichungen einzeln wie folgt abgestimmt:

- Die Streichung der Stelle des Hessentagsbeauftragten (d.h. Stelle der Büroleitung des Oberbürgermeisters) wird bei 2 Ja-Stimmen mit 12 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.
- Der Streichung der Stelle im Produkt 010102050 (Verwaltungssteuerung und –organisation9 wird bei 6 Ja-Stimmen, 4 Stimm-Enthaltungen und 5 Gegenstimmen mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 50 Stellenplan
Produkt 010102050 (Verwaltungsorganisation)

Antrag der Fraktion WsR:
Die beantragte Stelle entfällt.
Beschluss:
Erledigt durch die Beschlussfassung zu Antrag Nr. 49.

Antrag Nr. 51 Stellenplan
Produkt 010160050 (Gebäudewirtschaft)
Antrag der Fraktion WsR:
Zwei der drei zusätzlichen Stellen entfallen.

Antrag Nr. 51 (neu) Produkt 010160050 (Gebäudewirtschaft)
Antrag der Fraktion WsR:
Die Personalaufwendungen für 2018 werden von 2.402.100,- EUR auf 2.282.100 EUR gekürzt. Hierfür entfällt der ursprüngliche Antrag den Stellenplan statt um drei Stellen nur um eine zu erweitern.
Beschluss:
Der Antrag wird beraten. Da nach Mitteilung der Verwaltung die Kürzung der Personalaufwendungen über die pauschale Reduzierung lt. Fortschreibung hinaus in der Konsequenz einer Stellenstreichung entsprechen würde, zieht der Stadtv. Walczuch Antrag Nr. 51 (neu) zurück. Die Abstimmung findet daraufhin über den ursprünglichen Antrag Nr. 51 wie folgt statt:
Bei 7 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 52 Stellenplan
Produkt 020105200 (Wahlen)
Antrag der Fraktion WsR:
Die zwei neu beantragten Stellen entfallen.
Beschluss:
Der Stadtv. Walczuch modifiziert den Antrag dahingehend, dass nur 3 neue Stellen bereitgestellt werden sollen.
Dieser geänderte Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Antrag des Stadtv. Tollkühn zur Geschäftsordnung, wonach die verbleibenden Anträge ohne Aussprache abgestimmt werden sollen, wird bei 4 Ja-Stimmen und einer Stimm-Enthaltung mit der Mehrheit der Gegenstimmen **abgelehnt**.

Antrag Nr. 54 Stellenplan
Produkt 020211500 (Ordnungsangelegenheiten/Stadtpolizei)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Beim Produkt 020211500 (Ordnungsangelegenheiten werden zwei Stellen für die Stadtpolizei gestrichen. Die Ansätze für Personalaufwand sind entsprechend zu reduzieren.
Beschluss:
Bei 2 Ja-Stimmen und 13 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 55 Stellenplan
Produkt 020313000 (Brandschutz)
Antrag der Fraktion WsR:
Die zusätzlich beantragten vier Stellen entfallen.
Beschluss:
Der Antrag wird zurückgezogen und durch den neuen Antrag 55a ersetzt.

Antrag Nr. 55a Stellenplan

Produkt 020313000 (Brandschutz)
Antrag der Fraktionen FDP, CDU, FWR/FNR, WsR:
Die im Haushaltsplan 2018 (Teilhaushalt 020313000) für den Brandschutz zusätzlich ausgewiesenen Stellen (+3) im gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst sind zu streichen.
Beschluss:
Bei 7 Ja-Stimmen und 8 Gegenstimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Abstimmung

Rüsselsheim, den 13.03.2018